

Januar 2018



Silke Gardlo

Silke Gardlo
Fraktionsvorsitzende

**Liebe Leserinnen,
liebe Leser,**

mit den besten Wünschen für das neue Jahr stelle ich Ihnen und Euch hiermit den neuen Newsletter der SPD-Regionsfraktion Hannover vor.

Dieser soll ab sofort regelmäßig erscheinen und über Themen der Region Hannover und die Arbeit der SPD-Regionsfraktion informieren.

Ich wünsche viel Spaß beim Lesen.

Die SPD-Regionsfraktion Hannover wünscht allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ein frohes, gesundes und erfolgreiches Jahr 2018.

Wenn Sie Anmerkungen oder Anregungen zur Region Hannover haben, wenden Sie sich gerne an unsere Fraktion.
Per E-Mail: spd@regionsversammlung.de
oder über unsere Homepage:
www.spd-regionsfraktion-hannover.de



Regionsversammlung beschließt Haushalt 2018 **Koalition von SPD und CDU arbeitet seit einem Jahr erfolgreich**

Nach einem Jahr SPD-CDU-Koalition können wir festhalten, dass die gemeinsam empfundene und auch umgesetzte Verantwortung verbindet. Die Koalition funktioniert – fast immer – reibungslos. Wir alle wissen, dass Politik auf kommunaler Ebene oftmals unverkrampfter und unkomplizierter verläuft. Pragmatisch, der Zukunft der Region verpflichtet, sind wir angetreten, um zu gestalten, und das tun wir – in typisch niedersächsischer Manier – nämlich unaufgeregt, solide und verlässlich.

Die Finanzsituation der Region ist im Moment nicht schlecht, aber zu großzügig dürfen wir – im Interesse der jüngeren Bürgerinnen und Bürger und einer nachhaltigen Arbeitsweise – selbstverständlich auch nicht handeln. Wir orientieren uns dabei weiterhin an den bewährten Leitlinien der Region Hannover zur strategischen Finanzplanung:

- Konsolidierung des Regionshaushalts und nachhaltige Regionsentwicklung
- Ausgleichsfunktion der Region
- Entlastung der Kommunen

Auch für 2018 wurde eine weitere Absenkung der Hebesätze für die Regionsumlage beschlossen, nunmehr zum fünften Mal. So wird es in diesem Jahr eine Regionsumlagesenkung von 17,5 Millionen Euro geben. Das bedeutet, dass im Zeitraum seit 2013 eine Entlastung von ca. 100 Millionen Euro zu verzeichnen ist, allein 30 Millionen Euro in diesem und nächsten Jahr. Dieser richtige Weg macht unser solidarisches Verhältnis zu den Städten und Gemeinden in der Region deutlich.



Schwerpunkte der Haushaltsanträge von SPD und CDU für 2018

Auch in 2018 bleiben Wirtschaft und Beschäftigung in unserem Fokus. Wir haben die Zeichen der Zeit erkannt und setzen auf Fachkräftesicherung im Rahmen der Digitalisierung, insbesondere bei kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) solcher Branchen, die besonders vom digitalen Wandel betroffen sind. Dabei fördern wir Projekte, die qualifikatorische Anpassung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle unterstützen. Die konkrete Umsetzung des Technologietransfers für KMU soll durch den Aufbau eines Expertennetzwerkes beschleunigt werden.

Mit der Erweiterung des Produktionstechnischen Zentrums und der Sicherung von Flächen in unmittelbarer Nähe des neu entstehenden Universitätscampus bietet sich die einmalige Möglichkeit, technologieorientierte Infrastrukturen zu schaffen. Dafür stellen wir der Hannover Region Grundstücksgesellschaft mbH (HRG) zur Förderung des Forschungscampus Garbsen Investitionsmittel als rückzahlbaren Zuschuss zur Verfügung.

Wir werden die Ausbildung der Roboterfabrik nachhaltig stärken und als Leuchtturmprojekt eine national agierende Stiftung für „robonatives“ mit Zentrum in Hannover gründen.

Und wir unterstützen weiterhin die Arbeit der hannoverimpuls GmbH. Das nachhaltige

Engagement im Gründungs-, Wachstums-, Akquisitionsbereich soll weiter ausgebaut werden.

Klimaschutz ist nach wie vor eine wichtige Zielsetzung der Region Hannover. Gerade vor dem Hintergrund, dass Deutschland seine selbst gesetzten Klimaschutzziele nicht erreichen wird und eines zu befürchtenden „Roll backs“ in der Klimaschutzpolitik, ist dies umso wichtiger. Darum sehen wir die Klimaschutzagentur der Region Hannover als unverzichtbaren Baustein in der Umsetzung des Klimaschutzes der Region Hannover.

Umweltbildung soll einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt und den natürlichen Ressourcen vermitteln. Die Verwaltung wird auf unseren Antrag hin ein Konzept erarbeiten, wie Umweltbildung in Kooperation mit der Landwirtschaft erfolgreich umgesetzt werden kann. Dabei werden wir Projekte wie z.B. „Aplus-Modernisierung-Raum für Zukunft“ des Energie- und Umweltzentrums am Deister e.V. fördern.

Neben konkreten Maßnahmen beim Hochwasserschutz, bei der Nachwuchsgewinnung und bei der Feuerwehrtechnischen Zentrale Ronnenberg wollen wir die Regionsfeuerwehr mit der Aufstellung eines eigenen Bedarfsplanes bei der Bewältigung zukünftiger Herausforderungen unterstützen.

Im immer wichtiger werdenden Bereich des Um-

gangs mit Mediensüchten wollen wir, dass die Beratungslandschaft in der Region Hannover weiter breit aufgestellt ist. Darum fördern wir sowohl die Fachstelle Mediensucht „return“ als auch das Projekt „computence“ des Neuen Land e.V.

Ein wichtiges Thema, das uns begleitet hat, aber auch künftig noch viele Herausforderungen bereithält, ist die Verbesserung der Situation in der Geburtshilfe. Auch wenn die Region in keiner unmittelbaren Zuständigkeit steht, konnte mit der Kooperation des Klinikums Region Hannover (KRH), der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) und Diakovere (Friederikenstift/Henriettenstift) ein erster Erfolg für eine gemeinsame Ausbildung von Hebammen erreicht werden.

Auch auf Antrag der SPD hat bereits der erste „Runde Tisch zur Verbesserung der Situation in der Geburtshilfe“ stattgefunden, der fortgeführt werden soll. Hier haben Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Berufsgruppen, die in der Geburtshilfe involviert sind, teilgenommen. Dabei wurde deutlich, dass die derzeitigen Strukturen in der Geburtshilfe nicht zukunftsfähig sind. Um hier Verbesserungen zu erwirken, wollen wir die Einrichtung einer Hebammenzentrale – die z.B. Informationen über die Verfügbarkeit von Hebammen bündeln soll – prüfen lassen. Außerdem wollen wir intensiv

in den Dialog mit Bundes- und Landesebene treten.

Beim Regionssportbund fördern wir das Projekt „Freiwilliges Soziales Jahr“. Damit wird die ehrenamtliche Arbeit der Sportvereine unterstützt und besonders die Jugendarbeit kann von diesem Engagement profitieren.

Unser System der Berufsausbildung stellt junge Geflüchtete und Zugewanderte vor ganz besondere Schwierigkeiten. Neben der Sprache können z.B. unbekannte Prüfungsbedingungen oder die Ausbildungsdauer Faktoren sein, die einem Ausbildungserfolg im Weg stehen. Hier sollen ausbildungsbegleitende Projekte helfen, Ausbildungserfolge zu sichern.

Qualität und Kapazitäten der Umsteigeplätze zwischen Fahrrad und ÖPNV sind wichtige Kriterien für die Attraktivität der Nutzung dieser Verkehrsmittel. Da es weiterhin einen großen Bedarf an Abstellmöglichkeiten gibt, wollen wir eine Erhöhung der personellen Ressourcen für die Planung und Umsetzung der Bike+Ride Projekte.



Schüleraustausch Region Hannover - Lu'an

Die Idee eines Schüleraustausches zwischen den Berufsbildenden Schulen 14 und me der Region Hannover und dem Technical Vocational College in Lu'an entstand im Herbst 2017 im Rahmen der Delegationsrei-

se von Abgeordneten in die Region Lu'an in China. In der letzten Regionsversammlung wurden nun auf Initiative der SPD-Fraktion mit einem interfraktionellen Antrag die Rahmenbedingungen für einen solchen Austausch geschaf-

fen. Dieser soll, nach der Maxime: Global denken – lokal handeln, zur Erweiterung der interkulturellen Kompetenz der Teilnehmenden führen und damit auch der Völkerverständigung dienen.

Die GVH SparCard (Jugend Netzkarte) ist da!



Frank Straßburger | Verkehrs-
politischer Sprecher der
SPD-Regionsfraktion

Seit dem 1. Januar 2018 können sich Schülerinnen und Schüler bis einschließlich 22 Jahre im gesamten Regionsgebiet, d.h. in sämtlichen vier Zonen, für nur 15 Euro im Monat und ohne Zeitbeschränkung mit dem Öffentlichen Personen Nahverkehr (ÖPNV) bewegen. Damit ist die neue Jugend-NetzCard ein gutes Angebot, um die individuelle Mobilität von Schülerinnen und Schülern deutlich zu steigern. Darüber hinaus bietet sie jungen Menschen die Chance, die Vorzüge des ÖPNV kennen

zu lernen und damit seiner Nutzung auch später aufgeschlossen gegenüber zu stehen.

Nicht zuletzt ist diese Maßnahme auch eine wichtige Investition in den Klimaschutz. Zwei Jahre nach der Einführung soll eine Auswertung unter Einbeziehung von Jugendverbänden und Jugendvertretungen stattfinden, um ggf. Verbesserungen und Ausweitungen des Nutzerkreises durchzuführen.



Einführung einer Schutzgebühr für blaue Altpapiersäcke seit 1. Januar 2018



Wolfgang Toboldt | Abfallwirt-
schaftspolitischer Sprecher
der SPD-Regionsfraktion

Die Abfallthematik ist kompliziert, weil neben der üblichen Restabfallbehandlung (graue Säcke und graue Tonnen), für die die Region Hannover und damit der Zweckverband aha hoheitlich zuständig ist, der Bereich der Wertstoffe wie Altpapier (blaue Säcke, blaue Tonnendeckel) oder Verkaufsverpackungen (gelbe Säcke) auch privat rechtlich organisiert ist.

Bei der Einsammlung der gelben Säcke ist aha nicht in seiner Eigenschaft als hoheitlicher Abfallentsorger, sondern nur als Sub-

unternehmer für das Duale System Deutschland tätig, das privatrechtlich organisiert und für die Entsorgung der Verkaufsverpackungen im gesamten Bundesgebiet zuständig ist. In diesem Bereich der Sammlung von Verkaufsverpackungen werden die „Regeln“ bundesweit von privatrechtlichen Unternehmen gemacht; so wollte es die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung Anfang der 1990iger Jahre. Die Entsorgung von Verkaufsverpackungen (gelbe Säcke) ist damit privatrechtlich organisiert. Aufträge für regional abgegrenzte Gebiete (z.B. Stadt Hannover oder Umland von Hannover) werden vom Dualen System alle drei Jahre an Subunternehmer neu vergeben. Dies hat unter anderem zur Folge, dass derzeit im Umland von Hannover ein privates Unternehmen den Auftrag für drei Jahre erhalten hat, während in der Stadt Hannover aha die Sammlung weiter durchführt.

Bei der Altpapiersammlung ist das Sammeln durch private Unternehmen oder durch aha möglich. Wenn die Bürgerinnen und Bürger das Altpapier aha zur Verfügung

stellen, können die Verkaufserlöse die übrigen Gebühren stützen und damit die Gebührenzahler entlasten. Wenn Privatunternehmen einsammeln, gehen die Gewinne an das Privatunternehmen. Allerdings sind die Verkaufserlöse in den letzten Jahren wegen sinkender Preise auf dem Altpapiermarkt zurückgegangen. Durchaus problematisch ist bei der Sammlung von Altpapier aber auch das Einsammeln in Säcken, weil die Plastiksäcke vor der Weiterverarbeitung teilweise per Hand entfernt werden müssen, was den Verkaufserlös des Altpapiers an einen weiterverarbeitenden Betrieb erheblich mindert bzw. hohe Kosten verursacht. Das Sammeln in Tonnen ist somit effizienter, daher sammeln private Unternehmen üblicherweise in Tonnen.

Seit 1. Januar 2018 gilt nun eine Schutzgebühr für die blauen Altpapiersäcke. Diese sollen aber nicht abgeschafft werden, weil wir durchaus verstehen, dass viele Bürgerinnen und Bürger keinen Platz für eine große Papiertonne haben. Die Kosten für die Beschaffung von jährlich 40 Mio. Säcken, von denen



aber nur 20 Mio. Säcke tatsächlich für die Sammlung von Papier verwendet werden, wurden bisher auf alle Gebührenzahler umgelegt. Es zahlten alle Gebührenzahler, auch diejenigen, die gar keine blauen Säcke nutzen und Papier per Tonne sammeln.

Weitere Fakten zu diesem Thema finden sich auf unserer Homepage:
spd-regionsfraktion-hannover.de/content/509572.php

Beratungsangebot für hilfesuchende Frauen in der Region Hannover wird verbessert



Cornelia Busch | Gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Regionsfraktion

In der letzten Regionsversammlung wurde mit großer Mehrheit das „Konzept zur flächendeckenden Versorgung mit Frauenberatungsstellen in der Region Hannover“ beschlossen. Dieses ist ein wichtiger Schritt in Richtung eines breiter aufgestellten, gut erreichbaren und damit insgesamt besseren Beratungsangebotes für hilfesuchende Frauen in der Region Hannover.

Die im Konzept aufgeführte Modellrechnung sehen wir als Diskussionsgrundlage, die es weiter zu prüfen gilt. Die vorgeschlagene Einführung einer mehrjährigen Förderperiode wird dabei zu mehr Planungssicherheit bei den Beratungsstellen führen.

Nun gilt es in der nächsten Zeit mit vielen Gesprächen,

Diskussionen und Entscheidungen mit den schon vorhandenen Beratungsstellen, deren Trägern, vielleicht auch neuen Akteurinnen und Akteuren, mit der Verwaltung und der Politik, dieses Konzept mit Leben zu füllen.

Impressionen 2017



- 1 Besuch bei STEP
- 2 Besuch des Quartierstreffs Wiesenau
- 3 Besuch der Klimaschutzagentur
- 4 Besuch der Ortsfeuerwehr Langenhagen
- 5 Besuch der Deponie in Lahe
- 6 Besuch des Gesundheitsamtes der Region Hannover
- 7 Sportgespräch 2017
- 8 Besuch der Gedenkstätte Ahlem
- 9 Gespräch bei KIBIS
- 10 Besuch der Jugendberufsagentur Hannover
- 11 Besuch der Ökologischen Schutzstation Steinhuder Meer



Impressum

Herausgeberin:
SPD-Regionfraktion Hannover
Hildesheimer Straße 20
30169 Hannover
fon: 0511/616 - 22192
fax: 0511/616 - 22498
eMail: spd@regionsversammlung.de
www.spd-regionsfraktion-hannover.de
Verantwortlich:
Silke Gardlo | Fraktionsvorsitzende
Bildnachweis Titel:
wronge57 / photocase.de